

## Zwischenrechenschaftsbericht des Landesvorstandes der Landeschüler\*innenvertretung Nordrhein-Westfalen

Ersatzweise, statt der 131. LDK in Oer-Erkenschwick vom 08.05.2020 – 10.05.2020

Düsseldorf, den 08.05.2020

### **I. Vorwort**

Liebe Landesdelegierte,  
Liebe Schüler\*innen,  
Liebe Interessierte,

Die Legislatur 2019/2020 stellte die LSV NRW bis zuletzt vor nie dagewesene Schwierigkeiten: Eine unserer LDKen musste aufgrund des Unwetters Sabine einen Tag früher beendet werden und die nächste ordentliche LDK musste aufgrund der anhaltenden Corona-Krise komplett verschoben werden. Auch die öffentlichen Landesvorstandssitzungen mussten seit März leider entfallen. Und auch sonst schränkt die Corona-Krise die SV-, BSV- und LSV-Arbeit nachhaltig ein: Es können keine BDKen, keine BeVoSien und keine Projekte stattfinden. Dazu kommen interne Konflikte, die für die LSV eine harte Prüfung waren.

Doch trotz der vielen Rückschläge erfuhr die LSV-Arbeit und auch die Arbeit in einigen BSVen in letzter Zeit einen Aufschwung. Schüler\*innen, Lehrer\*innen, Gewerkschaften und Expert\*innen kämpfen gemeinsam und in schwindelerregend hoher Anzahl für faire Prüfungen unter diesen ohnehin harten Bedingungen. BSVen organisieren Podcasts, Liveformate und Webinare. Die LSV organisierte Regionunden, um Bezirke digital miteinander zu vernetzen, und verbucht Teilerfolge bei der Mitgestaltung des Coronamanagements des Schulministeriums.

Die SV-Arbeit dieser Legislatur lediglich auf die Corona-Krise herunterzubrechen, wäre aber fatal. Dieses Jahr starteten z.B. einige erfolgreiche Projekte, wie das "Recht der Woche", und die LSV erreichte, dass die Abweichungsprüfungen im Abitur entfallen.

Über diese und unsere weiteren Erfolge in der Legislatur möchten wir euch in dem folgenden schriftlichen Rechenschaftsbericht informieren - aber auch darüber, wo unsere Vorschläge leider auf taube Ohren stießen.

Wir wünschen Euch viel Kraft und Erfolg bei Eurer weiteren SV-Arbeit und den Prüfungen und hoffen, Euch spätestens im November wiederzusehen!

Liebe Grüße

Euer Vorstand der Landeschüler\*innenvertretung NRW

## **II. Inhalt**

Der euch hier vorliegende Zwischenrechenschaftsbericht fasst unsere Arbeit in der Zeit seit der 127. Landesdelegiertenkonferenz bis zum 01.05.2020 zusammen.

Für diesen Rechenschaftsbericht haben wir uns entschlossen, auf Stichpunkte zu verzichten und stattdessen unsere Arbeit mit politischen Texten darzustellen.

## **III. Transparenz**

Paragraph 4 Absatz 2 unserer Satzung legt fest, dass der Landesvorstand der LDK gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet ist. Eine andere Verpflichtung, Rechenschaft abzulegen, gibt es für den Vorstand der LSV NRW nicht. Wir haben uns jedoch entschlossen, aus Gründen der Transparenz und da unsere Legislatur sich um eine unbestimmte Zeit verlängern wird, bereits jetzt in dieser Form den nunmehr dritten Zwischenrechenschaftsbericht der Legislatur 2019/2020 vorzulegen. Dieser wird bis zur 131. LDK weitergeführt, sodass wir euch dann einen Rechenschaftsbericht für die gesamte Legislatur vorlegen können.

Zudem möchten wir an dieser Stelle die Fragen der BSV Rhein-Berg beantworten.

## **IV. Rechenschaftsbericht**

### **0. Unsere Grundsätze**

Klassismus spielt auch in der heutigen Gesellschaft noch eine große Rolle und die ungerechte Verteilung von Vermögen zeigte sich auch in jüngster Vergangenheit am Homeschooling. So leben die einen in einem Haushalt, der überproportional gut ausgestattet ist und deren Eltern ihnen beim Lernen Unterstützung zukommen lassen können, und die anderen müssen schauen, wo sie bei Zoom, Lernvideos und ohne Unterricht bleiben. Um die Probleme des Klassismus zu adressieren, fand auf der 129. LDK ein Workshop zu diesem Thema statt.

### **1. Menschenwürde und Diskriminierung**

Wir haben uns auf unserer Klausurtagung dazu entschieden, in der Legislatur 19/20 ein besonderes Augenmerk auf diesen APO-Punkt zu legen, da dieser in der aktuellen Bildungspolitik grundsätzlich vernachlässigt wird. So spielt etwa das Thema Geschlechterdiversität und soziale Geschlechter keine Rolle in den aktuellen Kernlehrplänen zu Sexualkunde. Schlimmer noch, "Schülerinnen und Schüler" wird bereits als genderkonforme Sprache bezeichnet und diskriminiert so auf höchster Ebene nicht binäre Menschen. Zunächst bildeten wir uns auf einer LaVoSi und auf der 128. LDK auch euch, in Form eines Fachgesprächs, zu diesem Thema fort. Um das Thema Geschlechterdiversität in den Lehrplänen zu verankern, entschlossen wir uns, einen Beschluss zum Sexualkundeunterricht für eine kommende LDK vorzubereiten und auf Grundlage dieses eine Änderung anzuregen. Daneben sensibilisierten wir aber auch BSVen und Schüler\*innen durch Workshops für dieses Thema und im Rahmen der Schule des Vertrauens auch für seelische Gesundheit an Schule. Auch bei Frau Ministerin sprachen wir den Themenkomplex an und forderten unter anderem neben geschlechtergetrennten auch Unisextoiletten, die Einstellung weiterer Schulsozialarbeiter\*innen und Lernmaterial, das auch nicht-heteronormative Menschen darstellt. Weiterhin forderten wir im Hinblick auf die steigende häusliche Gewalt und den psychischen Druck durch Corona mehrfach und mit Nachdruck die Einstellung von weiteren Schulsozialarbeiter\*innen und -psycholog\*innen an allen Schulen. Daneben stellten wir noch im Kontext der FfF-Streiks eine Anfrage an das Schulministerium, ob Schüler\*innen bei einem unentschuldigtem Unterrichtsversäumnis im Sinne einer Doppelbestrafung sowohl durch Fehlstunden, als auch eine ungenügende Leistung bestraft werden dürfen, was das Ministerium bejahte (denn nach dem Verständnis des MSB liege in besagtem Fall keine "Doppelbestrafung" vor).

Daneben setzten wir uns erneut für eine Abschaffung der Abweichungsprüfungen ein. In eine Abweichungsprüfung muss ein Prüfling, wenn ihre\*seine Leistung z.B. in der Abiturklausur über drei Punkte von den Vorleistungen abweicht. Somit drückt eine Abweichungsprüfung Misstrauen gegenüber dem Prüfling aus - man glaubt ihm quasi nicht, dass er in der Prüfung wirklich so gut war und unterstellt ihm somit einen Betrugsversuch. Unserer Forderung gab das Ministerium zunächst für das Abitur ab dem Abschlussjahrgang 20/21 statt, im Zuge der Corona-Änderungen entfallen die verpflichtenden Abweichungsprüfungen (auch in den ZP10) aber schon für diesen Abiturjahrgang (2020).

Zudem setzten wir uns abermals auf Podiumsdiskussionen und in Form eines Workshops auf der 129. LDK gegen den stärker werdenden Rechtsextremismus und Faschismus ein und bereiteten eine Resolution für eine kommende LDK vor.

## **2. Inklusion**

Die Inklusionspolitik des Schuljahres 19/20 lässt sich in Schulnoten wieder mal nur als ungenügend bezeichnen - die Landesregierung war ja nicht einmal "stets bemüht", sondern diskriminierte aktiv Schüler\*innen mit besonderem Förderbedarf. Dieser traurige Umstand gipfelte in der Bemühung, den maximalen (finanziellen) Eigenanteil für Lernmittel von unseren blinden Mitschüler\*innen überproportional, gar exponentiell, ansteigen zu lassen. So sollen blinde Schüler\*innen in der Sek. I bald bis zu 354€ (gegenüber 101€ bei Schüler\*innen der Sek. I ohne Behinderungen) für Lernmittel bezahlen müssen. Diese Benachteiligung adressierten wir in einer Pressemitteilung und Stellungnahme im Rahmen der entsprechenden Verbändebeteiligung. Außerdem erarbeiteten wir eine Resolution, die wir mit der nächsten LDK beschließen möchten. Diese stellt unter anderem fest: "Das gegenwärtige Problem liegt weniger in den gegebenen Möglichkeiten, sondern in der Frage der Priorisierung, die der schulischen Inklusion offenbar keine große Bedeutung zumisst. In Finanzkrisen fließen innerhalb kürzester Zeit riesige Summen an Banken, einzelne Personen und Konzerne häufen, ohne große Steuern fürchten zu müssen, riesige Vermögen an, und Deutschland steht als wirtschaftlich stärkstes Land in der EU da, aber für die Bildung junger Menschen gibt es nie genug Geld." (aus dem noch ausstehenden Antrag: Resolution zur Inklusion)

Auch zu diesem Thema planten wir einige Workshops, so etwa einen Faktencheck zu unserem Grundsatzprogramm im Bezug auf Inklusion, sowie einen anderen Workshop zu Inklusion. Neben Workshops führten wir auch unsere langjährige Arbeit im Bündnis inklusive Bildung fort.

## **3. Bildungsunterfinanzierung**

Ein Investitionsstau in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrags<sup>1</sup>, Sanierungsausgaben in Höhe von 18€ pro Einwohner\*in<sup>2</sup> und selbst das Schulministerium gibt zu: NRW zahlt am wenigsten pro Schüler\*in im Ländervergleich. Neben theoretischen Zahlen zeigt sich die Bildungsunterfinanzierung aber auch in der Realität: so sind alleine in Köln rund 650 Klassen- und Fachräume in Containern untergebracht.<sup>3</sup>

So haben wir auch in dieser Legislaturperiode zu dem Thema Bildungsunterfinanzierung gearbeitet: Die LSV unterstützte die Gründung des Bildungswerks der LSV NRW, das die unterfinanzierten SVen, BSVen und die LSV unterstützen soll, wir trafen uns mit SchaLL NRW und arbeiteten an einer Kampagne, die unter anderem die Verdopplung der Bildungsausgaben fordern soll, und stellten eine Anfrage zu den tatsächlichen Ausgaben, die das Land NRW pro Schüler\*in tätigt. Zu dieser Anfrage erhielten wir teilweise eine Antwort, die unsere Vermutung bestätigte: Obwohl NRW die niedrigsten Ausgaben je Schüler\*in im Ländervergleich und den größten Investitionsstau im Bereich der Schulen hat, schreibt sich die Landesregierung einen

<sup>1</sup> <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/ifo-Dresden-Studie-80.pdf>

<sup>2</sup> [https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/marode-schulen-sanierung-100~\\_page-2.html](https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/marode-schulen-sanierung-100~_page-2.html)

<sup>3</sup> <https://www.rtl-west.de/beitrag/artikel/container-schulen/>

“klaren Schwerpunkt bei der Bildung” zu und nimmt die Vernachlässigung von Schulbauten durch die (ebenfalls unterfinanzierten) Kreise und Kommunen billigend in Kauf. Einen Lichtblick schuf das Ministerium dann zumindest im Bezug auf die Finanzierung der LSV und stellte in Aussicht, den knappen Etat in Zukunft in Form eines Inflationsausgleichs zu erhöhen.

Neben der Regierung setzten wir uns in einem Gespräch mit der SPD aber auch mit der Opposition zusammen und verliehen auch dort unserer Forderung nach gerechten Bildungsausgaben Nachdruck.

#### **4. Demokratische Schule**

Das Ziel der LSV ist klar: Die Institution Schule muss verändert werden, “sie muss demokratischer gestaltet werden, da sie bisweilen nur die kapitalistische Ideologie reproduziert, eine friedliche, soziale und freie Gesellschaft, die wir erreichen wollen, bedarf einer Neukonzeptionierung der Schule, die nicht nur auf Konkurrenz und Druck, sondern sie auf Gemeinschaft und Mitbestimmung setzt.”<sup>4</sup> Um dies zu erreichen, begleitete die LSV das Projekt DialOGStandorte, hier gaben wir Tipps und wiesen auf kommunaler Ebene auf die Beteiligung von BSVen hin. Bei dem Projekt geht es um die Entwicklung, Erprobung und anschließende Evaluierung neuer Konzepte an offenen Ganztagschulen.

Des Weiteren wurde zur Aufklärung der Schüler\*innenrechte ein “Recht der Woche” eingeführt, es handelt sich hier um ein wöchentlich (donnerstags) erscheinendes Instagramformat.

Auf der 128. LDK wurde ein Workshop von einem Lehrer aus einer Demokratischen Schule zum gleichnamigen Thema gehalten, dort wurde über das Konzept im Ganzen informiert und die Möglichkeit gegeben, Fragen zum Alltag oder dergleichen zu stellen.

Außerdem konnte die LSV ihre Forderung nach einer Senkung des Wahlalters im Landtag in Form einer Stellungnahme und als Expert\*innen in der Anhörung anbringen. Auf Wunsch der LDK fand auf der 129. LDK zudem ein Workshop zu diesem Thema statt.

Ebenfalls wurde bei den regelmäßig stattfindenden Gesprächen mit Frau Ministerin Gebauer und Herr Staatssekretär Richter die Anpassung des SV-Erlasses gefordert. Bei diesem forderten wir ein digitales Schwarzes Brett der SV auf der Schulwebsite, dessen verpflichtende Einführung das Ministerium aber aufgrund seiner fehlenden Weisungsbefugnis ablehnte.

Zudem forderten wir einen festen Raum mit einem Computer zum Arbeiten für alle SVen, hier könne das Ministerium ebenfalls dazu anregen, es aber nicht durchsetzen, da sie ansonsten in der (finanziellen) Verantwortung stünden. Des Weiteren wurde angesprochen, dass wir ein Stimmrecht für Schüler\*innen in Fachkonferenzen fordern, hier gab es ein klares Nein, da nur die Lehrkräfte (aus Sicht des MSB) die alleinige Verantwortung für den Unterricht tragen und Schüler\*innen grundsätzlich nicht in der Lage seien, solche Entscheidungen zu treffen und zu tragen. Zu den Fachkonferenzen haben wir in einer weiteren Anfrage unsere Forderung bestärkt und um Klärung gebeten, weshalb die Anzahl der Eltern erhöht werden kann, die der Schüler\*innen hingegen nicht. Hierzu steht die Antwort des MSB aber noch aus.

Zudem stellten wir eine Anfrage an die Schulmail vom 23.03.2020, welche in dem Corona-Chaos zumindest etwas Klarheit über die Prüfungsrelevanz und die Bewertbarkeit von Aufgaben während des Distanzlernens bringen sollte.<sup>5</sup>

#### **5. Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht**

“Wir wollen Schülerinnen und Schüler besser auf eine selbstbestimmte Lebensgestaltung und einen erfolgreichen Berufseinstieg vorbereiten. Ökonomische Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung. Christdemokraten und Freie Demokraten werden daher an

<sup>4</sup> <https://lsvnrw.de/wp-content/uploads/2019/05/Arbeitsprogramm2019-20.pdf>

<sup>5</sup> Grundsätzlich dürften nur Aufgaben bewertet werden, die während des regulären Unterrichtsbetriebes aufgegeben wurden. Das aber auch über die Zeit des Distanzlernens hinaus.

allen weiterführenden Schulen das Schulfach Wirtschaft etablieren, in dem unter anderem Kenntnisse unserer Wirtschaftsordnung ebenso wie Aspekte der Verbraucherbildung vermittelt werden.“<sup>6</sup>, so heißt es im Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung. Für diese ist die ökonomische Bildung so unverzichtbar, dass die politische Bildung ruhig vernachlässigt werden kann. Die LSV kritisiert dies zutiefst, da gerade in Zeiten, in denen Parteien wie die AfD immer mehr Wähler\*innen bekommen, die politische Bildung nicht gekürzt werden darf, sondern viel mehr ausgebaut werden muss. Erschwerend kommt hinzu, dass bereits jetzt ein Politikdefizit in den Schulen besteht. Das belegen auch Studien der Universität Bielefeld<sup>7</sup>. Die Studie belegt, dass nur zwischen 20 und 28% des Politikunterrichts tatsächlich für Politik und nicht für Wirtschaft genutzt werden. Um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen, stellte die LSV eine Anfrage an das MSB, das erklären sollte, wieso es so wenig politische Bildung in der Schule gibt. Nach Meinung des MSBs existiert kein Mangel an Politik-, sondern nur an Wirtschaftsunterricht. Diese und weitere Kritik an dem kommenden Fach Wirtschaft (Schuljahr 2020/21) äußerten wir in einer Stellungnahme zum Kernlehrplan des Fachs Wirtschaft und auch generell zu seiner Einführung. Zu diesen Kernlehrplänen nahmen wir auch an einer Infoveranstaltung teil, um uns zu informieren, aber auch weiter mit unterschiedlichen Gruppen darüber zu diskutieren und sich auszutauschen. In diesem Zuge kritisierten wir auch, dass Schüler\*innen in der Schule keine kritische Bildung erhalten – weder im Bereich Politik noch im Bereich Wirtschaft.

## **6. Antimilitarismus**

Die LSV fordert weiterhin die Annullierung des Kooperationsvertrages (2015, ursprünglich 2008) zwischen dem damaligen MSW und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr. Die speziell dafür ausgebildeten Jugendoffizier\*innen der Bundeswehr handeln mit ihrer rhetorischen Überlegenheit im doch recht ausgeprägten Eigeninteresse der Bundeswehr, die seit Jahren Probleme mit ihrem Nachwuchs hat und dringend mehr Personal benötigt.<sup>8</sup> So schreckt die Bundeswehr auch nicht davor zurück, kriegsverherrlichende Werbung in jugendnahe Umfeld zu verbreiten, die die Natur des Krieges verschleiert und sich gezielt an diejenigen jungen Menschen richtet, aufgrund ihrer sozialen Herkunft mit schlechteren Perspektiven aufwachsen. Zudem kann die Bundeswehr weder in der Schule, noch anderswo zur Friedensgesinnung animieren. Vielmehr wird die freie Meinungsbildung der Schüler\*innen gefährdet. Auch eine Diskussion mit der Bundeswehr über Strategien zum Friedenserhalt ist unrealistisch, denn solange Armeen existieren, sind militärische Auseinandersetzungen möglich.

Um die Forderungen der LSV zu unterstützen und auch öffentlich zu vertreten, wurde weiterhin Kontakt zum Bündnis Schule ohne Bundeswehr gehalten und in Kooperation mit dem globalen Bündnis Rote Hand beim Red Hand Day in Form einer Kundgebung und einer Kunstaktion aktiv teilgenommen. Des Weiteren gab es einen Workshop zum Thema Antimilitarismus auf der 129. LDK.

## **7. Nachhaltigkeit**

Die LSV fordert eine nachhaltige Gesellschaft, in der nicht ökonomische Interessen im Vordergrund stehen, sondern Bedürfnisse der Menschheit und der Natur. Deswegen bleibt der LSV auch nichts anderes übrig, als deutlich zu kritisieren, dass die oberen Prozent der Menschheit auf Kosten der anderen Menschen lebt. Dies ist individuell nur sehr begrenzt zu ändern, da die weltweite profitorientierte Produktion in den Händen großer Konzerne liegt. Aus

<sup>6</sup> [https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/nrwkoalition\\_koalitionsvertrag\\_fuer\\_nordrhein-westfalen\\_2017\\_-\\_2022.pdf](https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/nrwkoalition_koalitionsvertrag_fuer_nordrhein-westfalen_2017_-_2022.pdf)

<sup>7</sup> [https://ekvv.uni-bielefeld.de/blog/pressemitteilungen/entry/wirtschaft\\_gut\\_politik\\_mangelhaft\\_nr](https://ekvv.uni-bielefeld.de/blog/pressemitteilungen/entry/wirtschaft_gut_politik_mangelhaft_nr)

<sup>8</sup> <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Nachwuchsmangel-Kaum-noch-einer-will-zur-Bundeswehr-gehen>

diesem Grund unterstützt die LSV Fridays for Future in ihrem Kampf gegen die Klimakatastrophe und fordert ebenfalls das allgemeine Streikrecht für Schüler\*innen. Dies passierte in Form von mehreren Pressemitteilungen, aber auch durch Beteiligung an den Protesten in den verschiedenen Städten und durch Unterstützung bei der Planung von neuen Treffen. Anlässlich dessen waren wir vor allem in Düsseldorf aktiv, wo wir auch einen Redebeitrag hielten und einen Infostand angeboten haben.

Bei den Gesprächen der LSV mit Frau Ministerin Gebauer und Herrn Staatssekretär Richter haben wir das allgemeine Streikrecht für Schüler\*innen gefordert. Daraufhin wurden wir auf die Schulpflicht verwiesen, nach welcher ein Streik verboten sei. Des Weiteren tätigte Frau Ministerin die Aussage, dass dann gar kein Unterricht mehr stattfinden könne, wenn man auf jeden Wochentag irgendeinen Streik legen würde. Schließlich bat die LSV um einen Kompromiss wegen der Fehlstunden, hier fiel die Antwort erneut negativ aus.

Ebenfalls haben wir bei einem Austauschgespräch mit der CDU NRW über FfF, Streikrecht, gesunde Ernährung, IGGS und Sexismus gesprochen, hier stießen aber unvereinbare Positionen aufeinander.

Außerdem konnte die Forderung eines kostenlosen Schüler\*innenticket in einer Stellungnahme und als Expert\*innenmeinung im Verkehrsausschuss eingebracht werden.

Darüber hinaus wurde ein Workshop zum Thema Grüner Kapitalismus auf der 128. LDK gehalten und ein Workshop zur Klimaresolution vorbereitet (sollte eigentlich auf der 129. LDK gehalten werden, ist jetzt auf die 131. LDK verschoben).

## **8. Sonstiges**

Auch in dieser Legislatur erforderten unvorhersehbare Bewegungen wie Fridays for Future und Ereignisse wie die Corona Krise unsere Aufmerksamkeit. Da sich ein Großteil unserer Arbeit eben aufgrund der Aktualität und Unvorhersehbarkeit nicht planen lässt fassen wir unter dem Punkt Sonstiges unsere Arbeit zusammen, die sich nicht den Oberpunkten zuordnen lässt.

### **Basis**

Die Arbeit des Landesvorstandes und der LSV beruht maßgeblich auf dem Konzept der Basisorientierung. Deswegen haben wir in dieser Wahlperiode unser Bestes getan, um engen Kontakt zu unseren BSVen zu halten und sie nach Kräften in ihrer Arbeit zu unterstützen. Um den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den BSVen zu stärken, entschieden wir uns diese Legislatur dazu, jeder BSV eine\*n eigenen Ansprechpartner\*in zuzuteilen. Diese koordinierten jeweils die Basisarbeit mit ihren BSVen. Insgesamt vertraten wir auf 15 BDKen die LSV und informierten die Bezirksdelegierten über die Landesebene. Weiterhin unterstützten wir mehrere BSVen bei Neugründungen bzw. Reaktivierungen, sodass aktuell 30 BSVen anerkannt sind. Neben den BDKen unterstützten wir unsere BSVen noch bei vielen weiteren Projekten: So hielten wir einen Workshop auf einem Demokratietag, besuchten Klausurtagungen verschiedener BSVen und diskutierten in Live- und Audioformaten verschiedene Themen. Mit vielen BSVen standen wir zudem in regem E-Mail oder Telefonkontakt und halfen so bei der Problembewältigung und teilten unsere Erfahrungen mit neuen Bezirksvorständen. Im Februar machten sich zudem 2500 bunte Umschläge samt frisch überarbeitetem SV-Basics Reader, Flyern und Postern zu allen SVen NRWs auf den Weg. Damit informierten wir die SVen nicht nur über ihre Rechte, Möglichkeiten, sondern (nach Wunsch der jeweiligen BSV) auch über ihren Dachverband. Mit den Online-Regiorunden schafften wir zudem eine Austausch- und Selbsthilfepattform für alle BSVen, auf denen wir sowohl regionale Zusammenarbeit, als auch die BSVen selbst fördern konnten. Mit dem neu gegründeten Bildungswerk der LSV NRW, erarbeiteten wir zudem modulare Workshopkonzepte für SV-Seminare.

### **Corona**

Die Corona Zeit forderte und fordert die LSV immer noch in einem besonderem Maße. Der so wichtige Austausch mit unseren Landesdelegierten und BSVen wird auf unbestimmte Zeit verschoben, außerschulische Schulveranstaltungen und somit BeVoSien und LaVoSien untersagt - Kurz: Die Schüler\*innenvertretung wird stummgeschaltet. Doch das ließen wir uns nicht gefallen und kämpften umso härter für euch, uns und vor allem unsere Schüler\*innen. Mit neun Pressemitteilungen und Positionspapieren, über 40 Interviews in Fernsehen, Radio, Internet und Printmedien (davon drei, die über den Newsfeed der dpa verbreitet wurden), sowie hunderten Erwähnungen in Artikeln gaben wir den Schüler\*innen eine Stimme in den Medien. Auch auf Socialmedia verbreiteten wir unsere Position und zitierten in einer Aktion zu den Schulöffnungen zahlreiche Schüler\*innen, die mit Ungläubigkeit, Angst und Wut der Entscheidung der Politik begegneten. Um den zahlreichen Meldungen von Verstößen gegen die Hygienemaßnahmen an Schulen Rechnung zu tragen starteten wir eine Meldeaktion, um Druck auf Bezirksregierungen und das Schulministerium auszudrücken - der Schulstart verlief eben doch nicht "reibungslos".

Zu Prüfungen und dem Schulstart erreichten uns zudem eine Vielzahl von Nachrichten, die wir zunächst noch alle persönlich und sehr ausführlich beantworteten, später aber aufgrund der schier Menge Standardantworten versandten. Neben den zahlreichen offenen Briefen, die uns erreichten bildeten sich aber auch verschiedenste Bündnisse, meist gegen Prüfungen und/oder Schulstart, die wir unterstützten. Mit den Bündnissen "gegen die #Bildungskrise" und "Schulboykott NRW" schlossen wir uns zudem zusammen und veranstalteten gemeinsame Aktionen, wie einen Livestream und das Hygienemeldeportal.

Auch zum Bildungssicherungsgesetz äußerten wir uns mehrfach und kritisierten die Ungleichbehandlung von Zentralen Prüfungen und dem Abitur. Auch Abiturient\*innen sind nicht immun gegen Corona und bedürfen der Möglichkeit eines Durchschnittsabschlusses! Zudem stellten wir in einer Stellungnahme und in der Schulausschusssitzung die unverschämt großen Kompetenzen des Bildungsministerium dar, welches entgegen dem Prinzip der Gewaltenteilung weitreichende und politische Kompetenzen übertragen bekommen hat. Zu den widersprüchlichen und uneindeutigen Äußerungen des Bildungsministeriums stellten wir zudem mehrere Rechtsanfragen zur Klarstellung einiger Regelungen.

Auch berieten wir über viele Dienste, die sich uns als Wohltäter in der Corona Krise vorstellten und Schüler\*innen fachlich oder psychisch unterstützen wollten, sich auf einen zweiten Blick aber leider als gewinnorientiert oder unprofessionell herausstellten.

### **Überregionale Arbeit**

Die LSV fokussiert auf Wunsch der LDK ihre Kräfte auf die Arbeit innerhalb NRWs und hält sich aus bundesweiten Zusammenschlüssen von Schüler\*innenvertretungen raus.

Der LSR Sachsen-Anhalt fragte uns zu einer allgemeinen Zusammenarbeit an. Diese lehnten wir nachdem wir uns ausführlich mit deren Positionen auseinandergesetzt hatten jedoch ab, da wir zu große Differenzen in unseren Positionen sahen. Mit der LSV Niedersachsen fand ein Austausch bezüglich der rechtlichen Lage zu FfF statt. Zudem nahm die LSV an einer Expert\*innenrunde zum Thema Digitalisierung der LSV Hessen teil. In dieser diskutierten wir mit Expert\*innen Fragen, die die LSV NRW in ihrem Grundsatzprogramm thematisiert und bildeten uns auf Grundlage dieser Runde differenzierte Meinungen. Des Weiteren setzte sich die LSV weiterhin kritisch mit der BSK auseinander. Dies geschah beispielsweise durch ein erfolgreiches Misstauensvotum, durch zahlreiche Anträge zur Bundesebene und durch Gäste der LSV Rheinland-Pfalz auf einer LDK.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Bei der Erreichung unserer inhaltlichen Ziele spielt Öffentlichkeitsarbeit immer eine zentrale Rolle - leider. Aber wieso leider? Als Ziele der Öffentlichkeitsarbeit lassen sich die Aufklärung von Schüler\*innen über Inhalte der LSV sowie das Ausüben öffentlichen Drucks auf die Politik herauskristalisieren. Würde die Politik auch ohne schiere Massen, die protestieren auf

Schüler\*innen hören, so könnten wir unsere Kraft auf das Aufklären von Schüler\*innen konzentrieren, statt auf öffentlichen Druck. Leider hört die Politik aber nicht auf diejenigen, die am Ende unmittelbar die Konsequenzen tragen.

Somit konzentrierte sich unsere Öffentlichkeitsarbeit auf beide oben genannten Ziele. Zur Erreichung unserer Mitschüler\*innen wählten wir dieses Jahr hauptsächlich Social-Media (also Instagram und Facebook) als unmittelbarer Ansatzpunkt. Auf Instagram verbreiteten wir deshalb 31 Posts, die häufig unsere Pressemitteilungen oder Stellungnahmen knapp zusammenfassten. Zudem verbreiteten wir zahlreiche Storys zu aktuellen Themen wie FfF oder den Schulöffnungen während Corona. Auch Instagramliveformate nutzten wir um möglichst Schüler\*innennah zu arbeiten. Auch das Format "Recht der Woche", das wöchentlich rechtliche Fragen von Schüler\*innen behandelt verbreiteten wir über Instagram. Zum Ausüben öffentlichen Drucks veröffentlichten wir diese Legislatur zahlreiche Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Positionspapiere. Daneben vertraten wir die Schüler\*innen zudem mehrfach vor Ort im Schulausschluss und legten wie zuletzt etwa unsere Position zum Bildungssicherungsgesetz dar. Außerdem schrieben wir mehrere Stellungnahmen für die Verbändebeteiligung im Schulausschuss, so etwa zur Einführung vom Fach Wirtschaft und Informatik. Weiterhin tauschten wir uns auch mit verschiedenen Verbänden und Bündnissen, wie dem Correctiv aus und führten gemeinsam Öffentlichkeitsarbeit (z.B. in Form eines Podcast oder eine Instagramaktion bzw. Onlinedemo) durch.

Zudem waren wir unzählige Male in Fernsehen (etwa in den ARD Tagesthemen, der aktuellen Stunde, bei Maischberger oder im ZDF-Spezial), Radio (etwa WDR Cosmo oder beim Deutschlandfunk) und Zeitung (etwa Westfalenpost, WAZ und per dpa) vertreten. Auch wurden wir auf dem Instagram-Account der aktuellen Stunde interviewt.

### **Anliegen der LDK**

Auf zwei LDKen habt ihr uns um weitere Anliegen gebeten. Über diese möchten wir an dieser Stelle Rechenschaft ablegen.

Ihr trugt uns auf Frau Ministerin Gebauer zu einer folgenden LDK einzuladen. Infolgedessen ludt der Landesvorstand Frau Ministerin Gebauer und Herrn Staatssekretär Richter während des Ministerinnengesprächs und schriftlich zur 129. und 130. LDK ein, was sie jedoch ausschlug. Zudem hattet ihr uns gebeten einen Workshop zur Wahlaltersenkung vorzubereiten. Dieser fand auf der 129. LDK erfolgreich statt.